

gebietend geforderte Aufschließung des in der Liturgie ohne Zweifel vorhandenen gewaltigen Vorrats an Energien wird der Priester nicht leisten können, der auch-liturgisch funktioniert, . . . sondern nur die liturgische mündige Priesterpersönlichkeit. Wir meinen damit den Liturgen, der die Liturgie in langer geistiger und geistlicher Bemühung und Einübung als existentielle Theologie kennen und lieben gelernt hat und darum fähig ist, selbständig in ihren Kategorien zu denken, die Sprache ihrer Bilder bis in die Tiefe des Herzens hinein zu vernehmen und täglich neu gewillt und bemüht ist, aus ihren unvergleichlichen Werten zu leben und zu lieben.«<sup>34</sup>

Das neue deutsche Meßbuch, die jetzt jeden verpflichtende Ordnung zur Feier der Gemeindemesse, die neue Leseordnung, veränderte und verbesserte Gebetstexte: all das wird erst dann wirklich fruchtbar, wenn »zuerst die Seelsorger vom Geist und von der Kraft der Liturgie tief durchdrungen sind und in ihr Lehrmeister werden. Darum ist es dringend notwendig, daß für die liturgische Bildung des Klerus gründlich gesorgt wird« (Liturgiekonstitution, Art. 14). Die Aufgabe ist heute kaum weniger dringlich, als sie vor Jahr und Tag dem Konzil erschienen ist. Fast möchte man der Meinung zustimmen: »Die wirkliche Rezeption des Konzils hat noch gar nicht begonnen.«<sup>35</sup> Das haben die Bischöfe in ihrer Erklärung zur Einführung des neuen deutschen Meßbuches anscheinend primär sagen wollen. So vor allem sollte ihre Erklärung gelesen werden.

## Nordirland — Religionskrieg oder Sozialkonflikt?

*Von Roland Hill*

Die Geschichte Irlands ist in zwei Formen bekannt: als Geschichte der Engländer in Irland und als Geschichte des gälischen Irlands. Von beiden werden die populären Versionen der Geschichtsschreibung abgeleitet, wie sie mit unglückseligen Folgen zumal im Norden der Insel gelehrt werden, gefördert von Elternhaus, Schule, Kirche und Presse der einen oder anderen Gemeinschaft. Die katholischen Textbücher sind auf die irische Geschichte hin konzentriert, die sie als Kampf eines unterdrückten Volkes gegen Kolonialherrschaft darstellen. Die protestantischen Textbücher beschreiben Ulster als belagerten, aber wesentlichen Bestandteil des Vereinigten Königreichs und beschäftigen sich mit der Hauptströmung der britischen Politik. Für die einen ist ihre Geschichte ein Leidenskatalog der Fremdherrschaft, der politischen und religiösen Spaltung. Für die anderen ein weitergeführter Reformationskrieg gegen Papisten. Im dumpfen Röhren der Landsknechtstrommeln und unter den schrillen Pfeifen, die alljährlich an Wilhelm von Oraniens Sieg in der Schlacht an der Boyne (1691) erinnern und der katholischen Minderheit Nordirlands kundtun

<sup>34</sup> Die Zukunft der liturgischen Erneuerung. Zur liturgietheologischen und pastoralliturgischen Bedeutung der »Liebe«. Mainz 1962, S. 91.

<sup>35</sup> J. Ratzinger, Der Weltdienst der Kirche (vgl. Anm. 16).

sollen, wer die eigentlichen Herren im Lande sind, wird auch das unbequeme historische Faktum übersehen, daß der Papst damals dem Oranierkönig zu seinem Sieg gratulierte. Es war das ein geringeres Übel als ein Sieg des katholischen Absolutismus, den der Stuartkönig Jakob II. und sein Helfer Ludwig XIV. vertraten.

»Wenn ich etwas nicht zum Guten wenden kann«, sagte der hl. Thomas Morus einmal, »muß ich es so zu wenden trachten, daß es nicht ganz schlecht wird.« Das Konzept des geringeren Übels ist für Nordirland und seine beiden einander konfrontierenden Volksgemeinschaften noch eine unbekannt politische Größe. Die irische Republik hat es im wachsenden Maß ihrer neueren Befreiung von den Mythen der eigenen Vergangenheit zu beherzigen gelernt. Sie weiß, daß eine Ausdehnung des Konflikts im britischen Norden sie am stärksten bedrohen würde. Man sagt, daß diejenigen, die nichts aus der Vergangenheit lernen, dazu verurteilt werden, sie zu wiederholen. »Wir«, sagte der irische Regierungschef Liam Cosgrave, »sollten heute wirklich eingesehen haben, wie leicht ein Konflikt von Abstraktionen in bezug auf Vergangenheit und Zukunft die in der Gegenwart existierenden Möglichkeiten zerstören kann.« Die Stewardess im Flugzeug nach Belfast kündigt in dem bekannten Witz vor der Landung an: »Meine Damen und Herren, bitte wollen Sie Ihre Uhren um dreihundert Jahre zurückstellen.« Es ist einer der irischen Witze eindeutig englischer Herkunft, der die Überlegenheit des großen Bruders zeigt wie auch seine Überzeugung, daß die Geschehnisse im Jahr 1976 wichtiger seien als die die Fantasie Nordirlands bewegenden von 1690, bzw. 1916 des Dubliner Osteraufstands.

Irland ist als Insel der Dichter und Träumer ohne Beispiel in Europa. Einst schufen die Harfenspieler dem Volk die Mythen, das geschichtliche Leben, das es sich ersehnte. Sie sangen von einem fernen goldenen Zeitalter, einem Paradies, aus dem die Menschen vertrieben wurden und in das sie eines Tages wieder zurückkehren würden, zum nationalen Heil, wie die Helden ihrer Legenden. Die unsichtbare Welt der Vorstellung ist den Iren genauso wichtig wie die sichtbare. Geschichte war, wie im alten Griechenland, das Erschaute, Erlebte, Erdichtete, in dem das Erdhaft-Dunkle und Wundersame durcheinanderwogt und das »wirkliche Geschehene« unwichtig ist. Eine solche literarisch fantasievolle Sicht der Vergangenheit ist zweifellos erhebender und »wahrer« als eine, die nur Fakten für sich selber sprechen lassen möchte. Aber bei einem mit Respekt für Wissen und geistige Werte erfüllten Volk ist es eine Gefahr. Zu leicht und ohne die nötigen Abstriche der von der Fantasie und dem Gefühl erzeugten Färbungen wird das geschriebene und bei diesem redengewandten Volk gerade das gesprochene Wort als Wahrheit akzeptiert, werden extreme Positionen religiöser und politischer Unnachgiebigkeit bezogen.

Die irische Geschichtsschreibung ist überdies sehr einseitig beherrscht von den politischen Beziehungen zu England, von Persönlichkeiten, führenden Schichten, Parlamentsakten. Die soziale Geschichte Irlands vor dem 18. Jahrhundert ist praktisch unbekannt. Das Wissen vom irischen Mittelalter beruht vorwiegend auf normannischen und englischen Quellen umstrittener Verlässlichkeit. Von dem sehr voreingenommenen englischen Chronisten Giraldus Cambrensis stammt die uns noch heute sehr zutreffend erscheinende Feststellung, die er im Jahr 1185 verzeichnete, »daß die Iren schneller und gewandter sind als andere Menschen im Wurf, wenn es an anderen Geschossen fehlen sollte, von Steinen und daß solche Steine dem

Feind in einem Gefecht schwere Verluste zufügen«. Die alten Dokumente aus der irischen Frühzeit waren in den Klosterzellen im 9. Jahrhundert häufig revidiert worden, um anderen politischen Herren zu gefallen und müssen daher mit Vorsicht behandelt werden. Die altgälischen Rechtstraktate, die zwischen dem 6. und 8. Jahrhundert niedergeschrieben wurden, vermitteln nur ein abstrakt schematisches Bild der damaligen Gesellschaft, die uns durch ihre Kunsterzeugnisse als hochstehend bekannt ist.

Der Archäologie ist es zu danken, daß heute mehr Tatsachen über das Leben in der Jungsteinzeit, also vor fünftausend Jahren, bekannt sind als über das irische Mittelalter. Gegenwartsstudien von Geographen, Ethnologen, Anthropologen, Soziologen erhellen heute eine Vergangenheit, von der die Geschichte kaum etwas weiß. Feldstudien des Institute of Irish Studies der Queens University, Belfast, auf den Gebieten der Geomorphologie, Archäologie, Paläoökologie, Landwirtschaft und Volkskunde haben eine ganz neue Perspektive der irischen Vergangenheit geschaffen, die sich in geologischen Ausmaßen – über acht Jahrtausende – abspielt. Irland ist geradezu eine Art »Freiluftlaboratorium« für die enge Mensch–Natur–Beziehung, die Historiker, Philologen, besonders Erzieher bisher viel zu stark vernachlässigt haben. In diesem Zusammenhang scheint bemerkenswert eine auch in Buchform veröffentlichte Vortragsreihe des emeritierten Belfaster Geographen Estyn Evans über »The Personality of Ireland«, eine Charakterisierung der physischen und geistigen Persönlichkeit Irlands. Für den Geographen Evans ist die Umwelt ohne den Menschen eine ähnlich leere Abstraktion, wie es der Mensch und seine Gesellschaft ohne Umwelt ist. Evans erstellt geradezu eine »Entmythologisierung« der irischen Geschichte, vor allem von den Nationalisten des 19. Jahrhunderts, die auch die heutige Situation Nordirlands verständlicher werden läßt.

Zunächst muß man sich dabei der Lage Irlands bewußt sein, der kleinen Insel im westlichen Schoß der großen britischen Insel, dieser auf Glück und Unglück ausgeliefert, wie gebannt kulturell, wirtschaftlich, politisch auf sie starrend. Irland hätte gewiß eine ganz andere Geschichte gehabt, wenn es tausend Meilen weiter ab im Atlantischen Ozean gelegen wäre. Das milde feuchte Klima hat Irland geprägt. Der ständige Wetterwechsel bestärkt die Indifferenz zur Zeit, den Hang zum Glücksspiel und zum Alkohol. Nicht so sehr der eigentliche Regenfall wie dessen Beharrlichkeit und schwache Verdunstung haben im Laufe der Jahrtausende die charakteristische Zerstückelung des irischen Hochlands bewirkt. Darin unterscheidet sich Irland auch von Schottland, mit dem es aber unter der Irischen See geologisch verbunden bleibt. Nach der Eiszeit mögen noch über die letzte Landbrücke die ersten Jäger aus Schottland nach Irland gekommen sein. Aus dem Einsturz dieser Landverbindung mag sich das Fehlen vieler Sträucher- und Baumarten in Irland erklären, die, wenn überhaupt, zum Teil von Menschenhand später angepflanzt wurden, auch daß es keine Schlangen, Maulwürfe und Kröten gibt, die ja der Legende nach vom heiligen Patrick von der Insel verbannt wurden.

Das Klima bewirkte in den Jahrtausenden auch die Zerstörung der oberen Kohleschicht der Karbonzeit, so daß Irland einer Hauptquelle von Industriemacht beraubt wurde, aber auch von der landschaftlichen Verschandelung, die König Kohle in England auslöste, verschont blieb. Die in der Vorzeit dicht bewaldete Insel ist nach verheerender Abholzung durch Menschenhand mit 2,5 Prozent, ver-

glichen mit 27 Prozent in der Bundesrepublik Deutschland, zur waldärmsten Region Europas geworden. Der geistreiche englische Forstwissenschaftler Richard St. Barbe Baker, der auf den sich daraus ergebenden Sauerstoffentzug und die Störungen des biologischen Gleichgewichts im Menschen und in der Natur verwiesen hat, meint, die Iren könnten sich glücklich schätzen, durch ein kompensierendes druckentlastendes Inselklima vor einem noch explosiveren Temperament bewahrt worden zu sein.

Irlands verspätete Industrielentwicklung ist daher weder »britischer Kolonialpolitik« noch »irischer Faulheit« anzulasten. Wenn die topographischen und klimatischen Einflüsse auch nicht überschätzt werden dürfen, waren sowohl die Scheidung zwischen dem wärmeren Süden und dem kälteren Norden als auch die landschaftliche Zerstückelung, die die irischen regionalen Verschiedenheiten bestärkten, seit eh und je ihr eigenes *divide et impera*. Die Hügellandschaft Irlands bildete einen äußeren Schutzwall gegen Eindringlinge, so daß diese – die frühen Jäger, keltische Krieger, Wikinger, Händler, Zisterziensermönche, normannische Fürsten und englische Könige – nur auf der 75 km langen flachen Küstenstrecke zwischen Dublin und Belfast Zugang hatten und dort auch ihre ersten Stützpunkte errichteten. Die innere Berg- und Moorlandschaft war Schutz- und Fluchtstätte für die Einheimischen und verhinderte die keltische und auch die englische Unterwerfung des gesamten Inselgebiets, allerdings auch dessen nationale Einigung.

Lange schon vor den presbyterianischen Pflanzern des 17. Jahrhunderts hatte der irische Norden somit die Eigenständigkeit, die heute noch von einer Million nordirischer Protestanten gegen jeden »Anschluß« an die Republik verteidigt wird. Einer alten Legende zufolge geht die nord-südliche Spaltung auf die Beuteauslösung nach einer Schlacht zurück, bei der den Männern im Norden der Dichter zufiel und damit die Vormacht, was Ehre, Wissen, Sitte und Weisheit betrifft, dem Süden aber der Harfenspieler und damit die Harmonie der Saiten, Schönheit und Lebhaftigkeit. Das mag angesichts der heutigen nordirischen Tragödie als eher euphemistische Symbolik erscheinen. Die Landgrenze, die seit 1921 die sechs Grafschaften des britischen Nordens von den 26 des Irischen Freistaats und der späteren irischen Republik trennt, folgt einer naturgegebenen aus Hügelketten, gewundenen Bächen, Seen und Mooren bestehenden Grenzlinie, die Ulster schon immer vom irischen Süden geschieden hatte. In prähistorischen Zeiten diente dieser sogenannte »Drumlins«-Gürtel der Verteidigung des Königreichs Ulster gegen den Süden. Im 17. Jahrhundert siedelten sich die Schotten in den fruchtbaren Teilen des Hügellands an. Die bis dahin nur als Weideland genützte Erde reagierte auf den Schweiß der Protestanten, für die der Fleiß Sittengebot war. Flachs wurde angebaut, ein Symbol der Zähigkeit dieses Menschenschlags, Spinnereien und Webereien entstanden und begründeten den industriellen Vorsprung Nordirlands. Die Katholiken lebten in der ärmeren Hügelregion. Verstreute einsame Gehöfte, kleine Felder, wilde Moore, der Horizont der Menschen ähnlich begrenzt wie der immer wieder von neuen Anhebungen versperrte Ausblick charakterisieren das »border country«, heute Versteck-, Flucht- und Angriffsstätte der IRA-Provos.

Der Norden war auch der erste, um etwa viertausend vor Christi, schon damals von Schottland aus besiedelte Teil Irlands. Die Großsteingräber, die auf damalige kulturelle Verbindung zu den westeuropäischen und skandinavischen Küsten deu-

ten, zeugen von einer Megalithkultur mit regional verschiedenen Vorstellungen von Jenseits und Tod, von einem puritanischen erdanbetenden Norden, dem jede darstellende Kunst abhold war, und einen künstlerisch lebendigeren sonnenanbetenden Süden, beide jedoch durch gleiche Formen materieller Lebensweise verbunden. So überbrücken sich Jahrtausende zum heutigen Nordirland, wo verschiedene religiöse Glaubensformen und Riten zwei Volksgemeinschaften mit ganz ähnlicher Lebensart trennen.

Bemerkenswert ist immer wieder die Übernahme irischer Gewohnheiten durch alle diese Kolonisatoren. Nicht sie eroberten Irland, Irland eroberte sie. Das Christentum übernahm, weitgehend ohne Märtyrer, die übernatürliche Einstellung des Druidentums und paßte sie der irischen Persönlichkeit an. Das Fehlen einer römischen oder angelsächsischen Besetzung Irlands förderte eine seine ganze Geschichte durchziehende Kontinuität, wenn auch nicht im nationalistischen Sinn des 19. Jahrhunderts. Der Zusammenbruch des römischen Reiches erlaubte es der jungen irischen Kirche sich frei zu entfalten unter Übernahme östlicher und westlicher christlicher Elemente, wie sie in den irischen Schrift- und Manuskriptilluminationen zu erkennen sind. Die charakteristische Organisationseinheit der irischen Kirche, die monastische *familia*, Grundeinheit der bestehenden Sippengemeinschaft, und das westeuropäische Diözesansystem wurde erst in den Reformen des 12. Jahrhunderts eingeführt. Da es keine römischen Städtegründungen gab, blieb Irland auch die städtische Handelsfunktion fremd. Noch im Jahr 1841, vor den großen irischen Auswanderungswellen, als die irische Bevölkerung 8,5 Millionen zählte, doppelt so viel wie heute, lebten nur 15 Prozent in Städten, verglichen mit damals schon 50 Prozent Stadtbewohnern in Großbritannien. Wie Irland seine Eroberer bezwang, erwiesen z. B. die schottischen Pflanzler in Nordirland, die sehr bald ihre zum Teil aus Holz gebauten Häuser aufgaben, gewiß weil diese der irischen Lust zur Brandstiftung nicht gewachsen waren; sie bauten sich Steinhäuser.

Die Irlandisierung läßt sich in allen Lebensgebieten, in der Landbestellung, in der Annahme irischer Essensgewohnheiten, Dialekte, Sitten, auch des Aberglaubens verfolgen. Paradoxerweise hat der britische Norden den höchsten Anteil gälischer Ortsnamen. Extreme Ulster-Protestanten, die sich stolz als treu-britische Loyalisten bekennen, belehren ausländische Besucher, besonders Engländer, überlegen in der rechten Aussprache der Ortsnamen. Kardinal Conway, der irische Primas, der in einem der armseligen Wohnviertel der katholischen Minderheit in Belfast aufgewachsen war, und der böllernde Pastor Paisley, die beiden Hauptrepräsentanten der religiösen Minderheit und Mehrheit Nordirlands, gewiß sehr verschiedene Typen, haben dennoch mehr gemeinsame »irische Züge«, als zumindest Paisley gerne zugeben würde. So historisch inkorrekt es ist, von einer Wiedervereinigung der Insel zu sprechen, so sind die Erweise der kulturellen Kontinuität und Einheit Irlands derart überwältigend, daß man nur hoffen kann, die alte regionale Vielgestaltigkeit könne zeitgemäße Ausdrucksformen des Zusammenlebens zur gegenseitigen Bereicherung finden.

Alles scheint jedoch dagegen zu sprechen. »Meine Mission ist, Irland den Frieden zu bringen«, sagte schon Gladstone, als er 1868 englischer Premierminister wurde. Als dieser Vorkämpfer der »Home Rule«, der Selbstregierung für Irland, sechsundzwanzig Jahre später abtrat, blieb seine Mission noch unerfüllt. Die Irlandfrage

war zum heißen Eisen der englischen Politik geworden, an der Liberale und Konservative zerbrachen. Heute kann man nur vermuten, wie anders die Geschichte Irlands verlaufen wäre, wenn es von Gladstone fünfzig Jahre früher die Unabhängigkeit erhalten hätte, die sich der südliche Teil der Insel 1916 und 1921 bis 1923 blutig erwarb. Die Situation hat sich im Grunde seither, außer im Entstehen der Dubliner Republik, wenig geändert. Die beiden Volksgruppen leben nebeneinander, »ohne Einheit und ohne Möglichkeit einer Einheit«, wie der englische Nationalökonom Walter Bagehot vor über hundert Jahren gesagt hat. Die Million nordirischer Protestanten will heute wie damals nichts mit dem katholischen Irland zu tun haben. Zwischen den Gangsterbanden, die mit Maschinenpistole und Sprengstoff die Minderheit bzw. Mehrheit zu repräsentieren vorgeben, steht Großbritannien, heute selbst geschwächt und dazu verurteilt, Spielball beider Gruppen zu sein, auf Grund des schlechten Gewissens seiner langen Verbindung mit der unglücklichen Insel und des Bewußtseins, weder bleiben noch abziehen zu können. Wie lange aber noch? Fast 250 seiner Soldaten ließen in den letzten sieben Jahren in Nordirland ihr Leben, über 2,5 Milliarden DM kostet die Provinz den britischen Steuerzahler in diesem Jahr, 1975 waren es 2 Milliarden und dazu noch die jährlichen Truppenkosten von 250 Millionen DM. Dies ist kein Kolonialkrieg, dessen Ende Großbritannien sich durch einen sicher sehnlichst erwünschten Abzug erkaufen könnte. Die Briten kämpfen in Nordirland auf eigenem Boden. Ihr Abzug wäre gewissermaßen eine unilaterale britische Erklärung der Unabhängigkeit vom »Vereinigten Königreich Großbritannien und Nordirland«, wie der britische Staat sich definiert. Wenn sie gingen, würde es nicht nur bei Partisanenmorden bleiben wie jetzt, sondern zum totalen Bürgerkrieg, aller gegen alle, in Straßen, Kirchen, Wirtshäusern und Läden kommen, der die ganze irische Insel in das Blutbad eines neuen Libanon oder Zypern stürzen würde.

»Mehrheiten müssen regieren, aber Minderheiten müssen geschützt werden.« Großbritannien ist es weder in Rhodesien noch in dem näher gelegenen Nordirland gelungen, diese alte politische Wahrheit durchzusetzen. Es ist das besondere Dilemma Nordirlands. Wie sind aber die Regierungsrechte der konservativen protestantischen Mehrheit und die Sicherheit der katholischen Minderheit zu schützen?

Das britische Irland-Gesetz vom Jahr 1920 ist noch heute die verfassungsrechtliche Grundlage Nordirlands – die britische Übernahme der Direktgewalten 1972 war nur ein zusätzliches, beschränktes Rechtsmittel. Das Gesetz von 1920 hatte ein Schema der Rechtsübertragung nicht nur für Nordirland, sondern für Irland als Ganzes vorgesehen. Schon damals plante die Regierung Lloyd George einen Kompromiß zwischen den gegensätzlichen Ansichten der katholischen Mehrheit in ganz Irland, die *Home Rule* – Selbstregierung – wollte, und denen der protestantischen Minderheit im Norden, die die Union mit Großbritannien bewahren wollte. Das Gesetz ließ aber den Weg offen für die Errichtung von zwei untergeordneten Parlamenten innerhalb des Vereinigten Königreichs in Nordirland und in Südirland sowie einen Gesamt-Irlandrat zur nord-südlichen Zusammenarbeit, mit dem Endziel der Union innerhalb des Vereinigten Königreichs auf dem Verhandlungsweg. Dazu kam es im Süden nicht, der Süden erwirkte sich in seinem Unabhängigkeitskampf 1921 als irischer Freistaat Dominionstatus, während in Nordirland die

protestantischen Unionisten ein Provinzparlament, den Stormont, unter Westminster ins Leben riefen.

Weitreichende gesetzliche Gewalten wurden damals von London der nordirischen Regierung übertragen; sie blieb jedoch finanziell und wirtschaftlich von den Haushaltseinrichtungen Westminsters abhängig. Diese Anomalie sowie der Umstand, daß Westminster zwar theoretisch die oberste souveräne Autorität war, in der Praxis das nordirische Parlament aber nach eigenem Ermessen schalten und walten ließ, förderte die eigenständige und fatale Entwicklung in Belfast. Als weitere Anomalie erwies sich, daß die nordirischen Regierungsgewalten praktisch in den Händen einer einzigen politischen Partei, der protestantischen Unionisten, waren, die von 1921 bis 1969 in jeder Wahl die absolute Mehrheit der Stormontsitze erzielten. So schuf sich das Mutterland der parlamentarischen Demokratie einen Einparteiensstaat. Das politische Leben in Nordirland verlief auch, anders als in Großbritannien, nicht zwischen Parteien bestimmter politischer und wirtschaftlicher Ausrichtung, sondern zwischen zwei Gemeinschaften, von denen die protestantische Mehrheit, im Bewußtsein ihrer Macht, auf die Gegner keine Rücksicht zu nehmen brauchte, und die katholische Minderheit, im Bewußtsein ihrer Schwäche, jede Verantwortung von sich wies und ihre Loyalität der katholischen Republik im Süden bezeugte. Überdies war die Regionalgrenze zwischen Norden und Süden im Zuge der südlichen Unabhängigkeit zu einer internationalen Grenze geworden, was das britische Gesetz von 1920 nie bezweckt hatte; sie wurde zum Haßobjekt der katholischen Bevölkerung im Süden und Norden.

Die irischen Republikaner griffen die nordirische Provinz und deren Einrichtungen sowohl von innen heraus als auch von außen her, über die Grenzlinie an und bestärkten so die »Belagerungsmentalität« der protestantischen Machthaber, die sich rigoros gegen die republikanischen Staatsverräter, wie sie sie nannten, verteidigten. Im Jahr 1921 war Nordirland wirtschaftlich noch ebenso rückständig wie das übrige Irland. In dem folgenden halben Jahrhundert wurde der Lebensstandard dem britischen angeglichen. In der industriellen Entwicklung, im Bau von Schulen, Krankenhäusern, Straßen wurden große Fortschritte erzielt, doch die Arbeitslosigkeit war in Nordirland immer höher als in Großbritannien und traf die katholische Minderheit besonders hart; sie bestärkte sie in ihrem Gefühl, vom wirtschaftlichen Fortschritt vorsätzlich ausgeschlossen zu sein. Wenn manche Proteste der katholischen Minderheit auch unbegründet gewesen sein mögen, so erwies die britische Untersuchungskommission unter Lord Cameron 1969 eindeutig die Benachteiligung der Katholiken vor allem in der Wohnungszuteilung, im Anteil an Arbeitsplätzen des öffentlich-rechtlichen Dienstes sowie bei den Kommunalwahlen. Religiöse und rechtliche Gleichheit war zwar in dem Gesetz von 1920 zugesichert worden, aber es war schwierig, diesen gesetzlichen Bestimmungen auf der kommunalen Ebene Geltung zu verschaffen oder religiöse oder soziale Vorurteile in Einzelfällen gerichtlich zu belegen; die Minderheit war ihres zweitklassigen Status sicher.

So entstand 1968 unter dem bezeichnenden Schlagwort »one man – one vote – one job – one house« eine aktive, keineswegs ausschließlich von Katholiken gestützte Bürgerrechtsbewegung, die Gewalt ablehnte und auch erst später von der IRA unterwandert wurde. Zur ersten Konfrontation kam es in einem gegen ein

Verbot der Regierung durchgeführten Bürgerrechtsmarsch im Oktober. Weitere Zusammenstöße führten im August 1969 zum Ausbruch der Unruhen, über die später das *Scarman*-Untersuchungstribunal urteilte: »Weder die IRA noch irgendwelche protestantische Organisationen oder andere planten eine Kampagne von Aufständen. Es handelte sich um kommunale Unruhen, die aus einer komplexen politischen, sozialen und wirtschaftlichen Situation entstanden waren, häufig aus unbedeutenden Anlässen, die aber angesichts der kommunalen Spannungen, wenn einmal im Lauf, nicht mehr kontrolliert werden konnten.«

Die nordirische Regierung blieb nicht lange Herr der Situation. Sie ersuchte um britische militärische Hilfe zum Schutz der katholischen Bevölkerung, die auch gewährt wurde. Das britische Parlament kam einmütig überein, seine bisherige Gepflogenheit aufzugeben, Nordirland nicht zu debattieren, da dies Sache der nordirischen Exekutive sei. Mit der *Downing-Street*-Erklärung vom August 1969 wurde dem britischen Oberkommandeur in Nordirland die Verantwortung für alle Sicherheitsbelange und die damit verbundenen Polizeioperationen übertragen, zum erstenmal wurde ein britischer Regierungsvertreter für Nordirland ernannt. London bekräftigte erneut, was es seither mehrfach wiederholt hat, daß Nordirland nicht ohne Zustimmung der Mehrheit seiner Bevölkerung aufhören solle, ein Bestandteil des Vereinigten Königreichs zu sein; es bekräftigte auch die rechtliche Gleichheit und Freiheit von jeglicher religiösen oder politischen Diskriminierung seiner Staatsbürger.

Von den Katholiken anfangs als Befreier von ihren Unterdrückern begrüßt, versuchten die britischen Truppen in Belfast die beiden Gemeinschaften durch eine Art Niemandsland, die sogenannte Friedenslinie, zu trennen. Die ersten Zusammenstöße ereigneten sich zwischen britischen Soldaten und protestantischen Elementen, aber allmählich gelang es den Militanten des sogenannten Provisorischen Flügels der Irischen Republikanischen Armee, der sich von dem marxistischen »offiziellen« Flügel abgespalten hatte, als Verteidiger der katholischen Minderheit aufzutreten und sich beträchtliche Unterstützung bei der Bevölkerung zu sichern. Die IRA, örtlich rekrutiert, aber von der Republik aus gelenkt, schürte die Straßenschlachten und ging dann über zur direkten Aktion mit Schußwaffen und Sprengbomben gegen die englischen Truppen und die Bevölkerung. Die verzweifelte bedrängte nordirische Regierung ordnete Internierung ohne gerichtliche Verurteilung an, ein in Irland altbekanntes Unterdrückungsmittel, was zum Auszug der Katholiken aus dem Stormont-Parlament führte. Nordirland war dem Ende nahe. Die Regierung Heath sah sich genötigt, der nordirischen Regierung Faulkner ihre Verantwortung für Recht und Ordnung zu nehmen. Das Faulkner-Kabinett hielt sich unter diesen Umständen nicht mehr weiter für funktionsfähig. Am 24. März 1972 übernahm London die Direktregierung in Nordirland. Das Stormont-Parlament wurde auf ein Jahr vertagt, seine legislativen Vollmachten wurden Westminster übertragen, mit William Whitelaw als Regierungsvertreter und erster Nordirlandminister in Kabinettsrang.

In Lichte der seither nicht minder festgefahrenen politischen Entwicklung fragt man sich, ob es weise war, daß die Konservativen sich ihrer traditionellen Verbündeten in Nordirland entledigten. Der mutige Entschluß bewirkte es zweifellos, daß in irischer Sicht zum erstenmal die britischen Konservativen zu den Freunden



Irlands gerechnet werden; bis dahin hatte fast ausschließlich die Labour Party für liberal im britischen Sinne gegolten. Sicher ist, daß zunächst die Auflösung der nordirischen Sonderpolizei, der sogenannten »B-Specials«, die bei den Katholiken gefürchtet waren, dann die Abschaffung des Stormont und seither die Beendigung der Internierung von der IRA als Erfolge einer verbrecherischen Gewaltpolitik und als solche auch von der nordirischen Bevölkerung gewertet werden können. Die mit diesen Maßnahmen verbundenen guten Absichten der Regierungen Wilson und Heath sind außer Zweifel. Aber, wie jemand unlängst in der »Times« schrieb, »der Weg zur Hölle, die Ulster jetzt wird, ist mit ihren guten Vorsätzen gepflastert«. Immer wieder kommt man darauf zurück, daß Mehrheiten regieren und Minderheiten geschützt werden müssen und jetzt, am vierten Jahrestag der Übernahme der britischen Direktregierung und mit ihrer Verlängerung in Ulster, weder das eine noch das andere erreicht wurde.

Hinterher ist man meistens klüger, aber das britische Problem in Nordirland ist im Grunde das alte geblieben: Dem Terrorismus ist nicht Einhalt zu gebieten, solange Gewaltakte sich bezahlt machen und politische Unterstützung finden, entweder, was heute weniger der Fall ist, durch die irische Republik oder durch irische Katholiken in den Vereinigten Staaten, die, in der irrigen Meinung, die heutigen Terroristen seien den irischen Patrioten von 1916 vergleichbar, die IRA seit 1969 mit über einer Million Dollar für Waffenankäufe unterstützt haben. Nicht zu unterschätzen ist auch die Weltmeinung, die die britischen Aktionen in Nordirland kritisiert, nicht so sehr weil sie sie verstünde, sondern weil sie Großbritannien aus anderen Gründen feindlich gesinnt ist, bzw. seine nordirischen Vergehen gegen die Menschenrechte verabscheut. Der britische Versuch, die Gewalttäter von den sie stützenden politischen Elementen zu isolieren und kaltzustellen, konnte nicht gelingen, solange ein Großteil der katholischen Minderheit keine Chance eines Mitspracherechts an der eigenen Regierung hatte, und Teile Nordirlands der Willkür des Revolvers ausgeliefert sind. Die Katholiken müßten zu einer hoffnungsvolleren politischen Regelung überredet werden, ohne daß dadurch die Befürchtungen der Mehrheit übergroß und unkontrollierbar würden. Der Nordirlandminister hat daher einen ständigen Balanceakt zu vollführen, der Kritikern als ein Durchwurschteln erscheinen kann. Das Ziel war, die harten Fronten zu lockern, eine gemäßigte Meinungsschicht in beiden Bevölkerungsschichten zu fördern, die weder eine Rückkehr zur alten protestantischen Vorherrschaft noch die gewaltsame Er kämpfung eines vereinten Irlands will. Im Mai 1973 verabschiedete das britische Unterhaus ein Nordirland-Gesetz, dessen wichtigsten Punkte die Wahl einer Assembly nach dem Verhältniswahlrecht, Beteiligung der katholischen Minderheit an der Exekutive unter dem Prinzip des »power sharing«, der Gewaltenteilung, und die Anerkennung der besonderen Beziehungen zwischen Nord- und Südirland, der sogenannten »irischen Dimension«, umfaßten. Die Assembly-Wahlen am 29. Juni führten zur Spaltung der protestantischen Unionisten in den gemäßigten, für das »power sharing« eintretenden Flügel und den die Gewaltenteilung und die »irische Dimension« ablehnenden »Loyalisten«-Flügel. Die das Nordirland-Gesetz behandelnden Gruppen, also die gemäßigten Unionisten Brian Faulkners, die kleineren Parteien der Mitte und die von Gerry Fitt geführte katholische SDLF (*Social Democratic and Labour Party*) erhielten die Mehrheit. Am 5. Oktober 1973 kam es zu der historischen

Konferenz von Sunningdale, auf der London, Dublin und Belfast beschlossen, einen Gesamtirischen Rat, d. h. einen paritätisch besetzten Ministerrat und eine Beraterversammlung einzusetzen. Dublin und London gaben sich auch eine Garantie für den Status von Nordirland, nämlich gegen den Willen der nordirischen Mehrheit keine Änderung vorzunehmen.

Eine unglückliche Verkettung der Ereignisse bereitete diesem politischen Nordirlandkonzept der Regierung Heath ein jähes Ende. Anfang Januar 1974 nahm die protestantisch-katholische Koalition unter Faulkner in Belfast die Regierungsgeschäfte auf. Ihre konstruktive Zusammenarbeit ließ auf eine allmähliche Normalisierung der Verhältnisse hoffen, aber die Rechnung konnte ohne den nordirischen Wirt, nämlich die extremen Protestanten gar nicht aufgehen. Sie erhielten ihre unvorhergesehene Chance mit den von Heath im Februar 1974 einberufenen Wahlen zum britischen Unterhaus. In den nach dem Mehrheitsrecht durchgeführten Votum erlitten die gemäßigten Unionisten und die anderen kooperationsbereiten Parteien eine empfindliche Niederlage. Nur ein SDLP-Vertreter, aber elf die Gewaltenteilung ablehnende »Loyalisten« wurden nach Westminster geschickt. Dieser Erfolg der nordirischen Mehrheit ermutigte den protestantischen Gewerkschaftsverband im Mai 1974 zum Generalstreik und zum Sturz der Regierung Faulkner nach nur vier Monaten im Amt.

Nun hatte die Regierung Wilson zu zeigen, was sie in Nordirland erreichen konnte. Mit nicht geringerem Eifer und guten Willen als Whitelaw ging der Nordirlandminister Merlyn Rees ans Werk, dessen Zusammenbruch wir vor kurzem erlebt haben. Anstatt zu ihrem politischen Glück gedrängt zu werden wie unter Heath, sollten die Nordiren sich nun allein, ohne Londoner Intervention, ihr eigenes Regierungssystem ausarbeiten, das jedoch von allen Teilen der nordirischen Bevölkerung sowie dem britischen Parlament akzeptiert sein mußte. Das Ergebnis war voraussehbar. Bei den Wahlen zur Verfassungsgebenden Versammlung im Mai 1975 errangen die »Loyalisten« die absolute Mehrheit. Hieraus leiteten sie das »demokratische« Recht zur Ausarbeitung einer Verfassung nach ihren Vorstellungen, vor allem zu ihrer alleinigen Regierungsbildung ab.

Die Verfassungsgebende Versammlung, die im Mai 1975 zuerst zusammentrat, lieferte im November ihren einseitigen Bericht ab, aber auch nach verlängerten weiteren Beratungen vermochte die Mehrheit nur ein von ihr dominiertes Regierungssystem vorzuschlagen, das London nicht annehmen konnte. Die Briten waren schon von der »Gewaltenteilung« abgekommen, sprachen nur noch von einer katholischen »Mitbeteiligung« an der Regierung Nordirlands. Die Mehrheit wollte aber auch diese nicht in der Form einer Kabinettbeteiligung bewilligen, sondern nur in der Form untergeordneter, eventuell von Katholiken geleiteter Regierungsausschüsse nach amerikanischem Vorbild, was wiederum den Katholiken nicht genug ist. Die Protestanten sehen nicht ein, warum sie mit politischen Gegnern gemeinsam regieren sollen, wozu auch Heath und Wilson nicht bereit sind. Eine Loyalitätserklärung der SDLP zum nordirischen Staat hat die Zweifel der Ulsterschen Mehrheit an der Vaterlandstreue der Katholiken nicht zerstreut.

Selbst wenn es zu einem Kompromiß zwischen »Loyalisten« und SDLP käme, würde dieser von der IRA verworfen werden. Die IRA besteht auf der Herauslösung Nordirlands aus dem britischen Staatsverband und dem Abzug der briti-

schen Truppen, dem bei aller »Irlandmüdigkeit« der britischen Bevölkerung gar nicht stattgegeben werden kann. Die Verfassungsgebende Versammlung wurde unlängst aufgelöst. Die Hauptschuld an ihrem Fiasko trägt Paisley, dem der katholische Abgeordnete John Hume am letzten Tag empört zurief: »Sie sind der beste Freund, den die IRA je gehabt hat, denn Sie füttern sie mit Ihrem Extremismus und dafür füttert sie auch Ihren Extremismus« – eine treffende Charakterisierung der Situation, die von Frau Paisley, die auch Abgeordnete war, mit »Sie sind ein Lügner, ein typischer Jesuitenverdreher« beglichen wurde. London hat die nun schon zweimal vergebens unterbrochene Direktregierung wieder eingeführt, wengleich es paradox erscheinen muß, daß dies zu einer Zeit geschieht, in der die britische Regierung bedrängt wird, in Schottland und Wales ein »Home Rule«-System einzuführen. Schottland ist dabei mit nicht weniger als 71 Abgeordneten im Unterhaus vertreten, Wales mit 36, Nordirland hätte, seiner Bevölkerungszahl entsprechend, Anspruch auf eine Westminster-Vertretung von 20 Abgeordneten, hat aber nur zwölf, weil das frühere Stormont-Parlament als eigene Vertretung galt. Die Hoffnung in London wie in Dublin ist, daß die nordirischen Politiker diese unbefriedigende Situation zur Kooperation treiben werde. Andererseits steht dem britischen Parlament gewiß nicht der Sinn danach, eine Union mit den artfremden Nordiren einzugehen, wie es diese im 19. Jahrhundert noch mit dem gesamten Irland gewollt hatte. Eine verstärkte nordirische Vertretung in Westminster würde es auch den beiden britischen Hauptparteien erschweren, eine regierungsfähige Mehrheit der Unterhaussitze zu erzielen. Nichtsdestoweniger wird der nordirische Druck nach adäquateren Repräsentanz zunehmen.

Unter den in Frage kommenden anderen Lösungen für Nordirland scheint die Aussicht auf ein vereintes Irland am abwegigsten, weil eine Million Protestanten im Norden sie nicht will und diese Million auch einen unerträglichen Unruheherd für die Republik bilden würde. Obwohl Dublin in seiner Verfassung nach wie vor Anspruch auf das gesamte Gebiet Irlands erhebt, ist dieser Anspruch durch die auch für die Einheit Irlands kämpfende IRA heute schwer kompromittiert, wenn deren Kampf auch unter trotzkistischen bzw. marxistischen Vorzeichen geführt wird. Ein vereintes Irland würde aber auch die Hunderttausende der im Norden in protestantischen Enklaven lebenden Katholiken nicht vor der Rache ihrer protestantischen Nachbarn schützen.

Eine andere Möglichkeit wäre ein unabhängiges Ulster, entweder einseitig verwirklicht nach rhodesischem Beispiel oder im Einvernehmen mit Westminster; es könnte sich jedoch kaum wirtschaftlich behaupten, abgesehen davon, daß damit das Grundproblem der protestantisch-katholischen Koexistenz nicht gelöst wäre. Man hat auch eine Teilung erwogen, jene alte Verzweigungslösung von Politikern, die nicht mehr ein noch aus wissen. Damit wäre aber ein Flüchtlingsproblem von nicht zu bewältigenden Ausmaßen geschaffen. Die in den Grenzgebieten des Nordens lebenden Katholiken könnten zwar der irischen Republik zugeteilt werden, aber was wäre dann das Los der in katholischen Grenzklaven lebenden 100 000 Protestanten oder gar der 300 000 Katholiken in den Belfaster Gettos?

»Nordirland – Religionskrieg oder Sozialkonflikt?« Die Frage reicht in den Mythos hinein. Wenig scheint mir damit gewonnen festzustellen, daß der Konflikt in der Religion der beiden Gemeinschaften verwurzelt ist, zugleich aber auch nicht

von der sozialen und historischen Entwicklung getrennt werden kann. Selbstverständlich werden Begriffe wie »katholisch« und »protestantisch« vor allem wegen der knappen Kennzeichnung verwendet; sie bedeuten keine religiöse Aussage. Man sollte vielleicht präziser von der katholischen Minderheit als irisch-republikanisch orientiert und der protestantischen Mehrheit als britisch-loyalistisch orientiert sprechen. Das wäre jedoch auch irreführend, da durch viele Jahre hindurch etwa ein Drittel der Katholiken in Nordirland ihr Votum für die Unionisten abgegeben haben dürfte und die loyalistische Anhänglichkeit an ein protestantisches Britannien schon längst erschüttert ist. Die Briten betrachten es geradezu als Fortschritt, daß ihre unliebsamen Freunde ein nordirisches Nationalgefühl entwickelt haben und sie mit dem gleichen Schimpfwort »the Brits« bedenken, wie das schon lange die Gepflogenheit südirischer Nationalisten ist.

Es ist ein Zeichen unserer Zeit, daß unter allen anderen Dimensionen des Nordirlandproblems die religiöse zwar nicht zu den unwichtigsten, wohl aber zu den unergiebigsten der irischen Mythenbildungen gehört. Der Nordirlandkonflikt hat gewiß nichts mit Differenzen der Glaubenslehren zu tun, es sei denn, man wolle nach alter Gewohnheit alle Differenzen letzten Endes theologisch begründen. Es ist leichter zu sagen, man haßt jemand, weil er Protestant ist und man ihm das von weitem ansieht, als die wirklichen Gründe anzuführen, die sich aus der kalvinistisch-puritanischen Einstellung zu Arbeit und Moral ergeben oder aus dem Zusammenleben mit einem Herrenvolk, wenn dieses auch außer wenigen Reichen in seiner Mehrheit mit dem Katholiken das gleiche soziale Elend teilt, allerdings durch seinen kalvinistischen Glauben sich den Auserwählten zurechnen und daher erhaben auf die der Verdammnis sicheren katholischen Nachbarn herabsehen kann. Die Katholiken wiederum werden gehaßt, weil sie noch immer zu viele Kinder kriegen, Schmarotzer des Wohlfahrtsstaates, faul, schmutzig sind und sogar »katholisch« riechen. Die gleichen irrationalen Vorurteile waren in der Nazizeit den Juden angehängt worden und äußern sich heute in der englischen Einstellung zu den farbigen Einwanderern oder in der deutschen zu den Fremdarbeitern. Es ist noch nicht so lange her, daß deutsche Katholiken und Protestanten einander ähnlich beurteilten, bevor sie das Zusammenleben lernten. Der Lehrer einer katholischen Schule in Belfast sagte zu mir: »Es hat gar keinen Sinn, mit den Kindern zu reden. Sie hassen Protestanten, weil sie Protestanten hassen. Warum werfen sie Steine auf die Protestanten? Weil die Protestanten uns mit Steinen bewerfen, sagen sie. Die ganze Sache ist absurd – die Kinder wissen genau, daß es keine wirklichen Unterschiede zwischen den beiden Gruppen gibt. Was mich zutiefst bedrückt, ist, daß in nicht ganz zehn Jahren diese Kinder selbst Eltern sein werden. Und ihre Ansichten werden noch unnachgiebiger sein, als es die ihrer eigenen Eltern sind.« Nordirland hat zwar, wie die Untersuchungen immer wieder zeigen, eine höhere Anteilnahme am kirchlichen Leben aller Konfessionen zu verzeichnen als Großbritannien, aber die alte Frage, was diese statistischen Erhebungen bedeuten, mag sich dort angesichts des ebenso unchristlichen wie unmenschlichen Konflikts besonders stellen. Andererseits erstreckt sich der kirchliche Einfluß gewiß nicht auf die Mörderbanden der IRA oder der militanten Loyalisten, es sei denn die Kirchen geben sich dazu her, mit einem kirchlichen Begräbnis eines IRA-Märtyrers den Provos den erwünschten propagandistischen Dienst zu erweisen.

Die Kirchen in Nordirland mögen voll sein, aber sie sprechen wie anderswo nur zu Bekehrten. Der irische Primas Kardinal Conway sagte in einem persönlichen Gespräch vor fünf Jahren mit großem Nachdruck zu mir, daß der Konflikt ganz und gar nichts mit Religion zu tun habe. Diese Ablehnung mußte unwillkürlich den Eindruck erwecken, als wolle der irische Primas seine Hände in Unschuld waschen, obgleich der Konflikt die Glaubwürdigkeit der Kirchen und der Religion zutiefst in Frage stellt. Wie sind Menschen, die sich Christen nennen und in die Kirche gehen, zu solchen Grausamkeiten fähig? In einem letzten Fernsehinterview bekannte sich der als gewiegter Diplomat bekannte Kirchenfürst jedoch im Namen der Minderheit des Versagens schuldig, wie er sagte, »unsere protestantischen Mitmenschen nicht genug geliebt zu haben«. Es war ein bemerkenswertes Bekenntnis, verglichen mit jenen früheren Aussagen, das seine Parallelen im jüngstem Gesinnungswandel nichtkatholischen Kirchenführer hat. Dem Unbeteiligtsein von einst ist, wenn auch reichlich verspätet, die Erkenntnis gefolgt, daß, wie der englische Dichter John Donne sagte, die Frage, für wen die Glocke schlägt, müßig ist, und die Glocke heute eindeutig auch für die Christen Nordirlands schlägt. Die Kirchenführer sind einander somit näher gekommen, nicht aber ihre Versuche, in Fragen von gemeinsamen Interessen Übereinstimmungen zu erzielen, z. B. in der Schul- und Mischehenfrage. Heute besteht Einmütigkeit in Friedens- und Liebesbeteuerungen, so vage diese auch sind, in lauten Verurteilungen der Bombenwerfer und Mörder, aber auch in dem Bewußtsein, daß diejenigen, auf die es ankommt, gar nicht auf die Kirchen hören und deren unbestreitbare moralische Autorität in Wirklichkeit gering ist. Es gibt viele bemerkenswerte Beispiele ökumenischer Annäherung, wenn auch nicht an der Spitze, wo den irischen Katholiken noch immer der Begriff verdächtig ist und sie lieber von einer »innerkirchlichen« oder »zwischenkirchlichen« Verständigung sprechen, vielleicht aus dem Empfinden heraus, daß »ökumenisch« das Gegenteil des alten Gettoeistes ist.

Die Verwurzelung der Kirchen in den beiden Gemeinschaften erschwert es ihnen jedoch, die neuen Anschauungen fruchtbar werden zu lassen. Die katholische Hierarchie hat sich für das politische Prinzip der Gewaltenteilung ausgesprochen, weigert sich aber, dieses im eigenen Bereich anzuwenden, sei es durch gemeinsame Benutzung von Kirchen, sei es durch Förderung der sogenannten »integrierten« Erziehung; sie verteidigt stattdessen die katholische Schule, die eine Generation von IRA-Provos großgezogen hat, wie einen Hort des Glaubens. Die Beibehaltung der Konfessionsschule wäre verständlich, wenn die Katholiken wenigstens zur Verwendung bereinigter Textbücher bereit wären, die im Einvernehmen mit den anderen Kirchen, ähnlich wie in der Bundesrepublik und in Holland, ausgearbeitet werden könnten. In der Mischehenfrage hat es eine gewisse Annäherung gegeben, aber die irische katholische Hierarchie zeigt eine Starrheit, die kürzlich sogar der katholische Außenminister der Republik, Dr. Garret Fitzgerald, im Hinweis auf die dadurch in Nordirland bestärkte protestantischen Befürchtungen und Reaktionen kritisiert hat. Im Bezug auf die kirchliche Beteiligung an Begräbnissen katholischer Opfer des nordirischen Konflikts, auch wenn diese Mitglieder der IRA waren, hat die Kirche im Norden und Süden noch nicht den Mut britischer katholischer Bischöfe zu zeigen vermocht, die für z. B. im Hungerstreik gestorbene Provos den kirchlichen Segen verweigert haben.

Die protestantischen Kirchen ihrerseits sind durch die unmittelbare Beteiligung einiger ihrer Geistlichen in den politischen Parteien und anti-katholischen Vereinigungen wie im Oranierorden belastet. Die 39 Artikel der *Church of England* bzw. *Church of Ireland*, zu denen jeder ihrer Geistlichen sich verpflichten muß, werden, was die papstfeindlichen Artikel anbelangt, in Nordirland noch ernster genommen als in England. Die von dem Oranierorden geförderte religiöse Verherrlichung historischer, mit dem Sieg der Protestanten über die Katholiken verbundener Ereignisse sind dazu angetan, die Minderheit einzuschüchtern. Die Verwicklungen der Kirchen in den Konflikt hindern sie jedenfalls daran, die zweifellos bestehenden christlichen Regungen, wie sie in der Tragödie Nordirlands immer wieder in ergreifenden Beweisen der Nächstenliebe zum Ausdruck kommen, zu einer über das Sektierertum hinausreichenden dynamischen Entfaltung zu bringen.

## GLOSSEN

AM ERSTEN FASTENSONNTAG, DEM 7. 3. 1976, trat eine Verordnung der deutschen Bischöfe in Kraft, mit der die Übergangszeit mit ihrem Nebeneinander von alten und neuen Formen der Meßliturgie offiziell beendet wurde. Fortan darf im öffentlichen Gottesdienst nur noch das *Missale* Pauls VI. verwendet werden, sei es in der lateinischen Fassung des *Missale Romanum*, sei es in der (damit nicht ganz übereinstimmenden) Fassung des für die Bistümer deutscher Sprache geschaffenen Römischen Meßbuches.

Damit ist die rund vierhundert Jahre alte, auf das Konzil von Trient zurückgehende, im wesentlichen von dem heiligen Papst Pius V. und von Papst Paul V. festgelegte, zuletzt durch Pius XII. und Johannes XXIII. geänderte, bislang für die ganze Welt gültige Meßordnung abgeschafft, ihre Weiterverwendung verboten worden.

Was die Bischöfe des deutschen Sprachgebietes bewogen hat, eine so einschneidende Maßnahme zu treffen, wird wohl noch zu Tage kommen. Die Verordnung selbst stammt vom September 1975<sup>1</sup>. Daß sie nicht überall begrüßt wird, kann um so weniger Verwunderung erregen, als es an einer ausreichenden psychologisch wirksamen Vorbereitung, vor allem an vorauslaufender und be-

gleitender Information, durchaus gefehlt hat. Es fällt nicht ganz leicht, diese Abstinenz zu verstehen. Denn es gibt schon seit längerer Zeit Anzeichen für das Ausmaß der Anhänglichkeit an überkommene liturgische Formen, an die »lateinische Messe« zumal, vor allem bei jenen Kirchgängern, die zum »Stammpublicum« zählen. Zuletzt hat der Konflikt um das Priesterseminar in Ecône deutlich gemacht, wo die Sympathien für traditionelle Formen zu suchen sind. Erst die Manifestation des Ungehorsams gegenüber Papst und Konzil, zu der sich der Leiter von Ecône, Msgr. Lefèbvre, hinreißen ließ, brachte die Stimmen des Verständnisses für sein Werk zum Schweigen.

Das Verbot der »tridentinischen Messe« (ob dieser Ausdruck glücklich gewählt ist, steht dahin) hat eine Initiative katholischer Intellektueller in München ausgelöst, die sich sowohl im Ziel wie in den Methoden von Ecône deutlich unterscheidet. Es geht um die Sammlung von Unterschriften unter eine Eingabe an die deutschen Bischöfe, mit der diese veranlaßt werden sollen, entweder aus eigener Vollmacht zu gestatten, daß die »tridentinische Messe« auch weiterhin – neben den neuen Formen – gefeiert werden darf, oder eine solche Erlaubnis vom Papst zu erbitten.

Man sieht: die Münchner Initiatoren, zu denen der Kunsthistoriker der Universität,

<sup>1</sup> Vgl. dieses Heft, S. 262 ff.